

Solidarität in Bewegung

Partnerschaften in Rheinland-Pfalz

Der Arbeitskreis Fujian-Rheinland-Pfalz „Keine Wirtschaftspartnerschaft ohne Sozialstandards“ (AK Fujian) entstand 2008 mit dem Motiv, die Arbeitsbedingungen in der Produktion unserer alltäglichen Waren in der chinesischen Provinz Fujian zu thematisieren.

Die Wirtschaftspartnerschaft zwischen Fujian und Rheinland-Pfalz existiert bereits seit 1989 und diente in erster Linie mittelständischen rheinland-pfälzischen Unternehmen, ihre Produktion nach China auszulagern. Zivilgesellschaftliche Allianzen und die Thematisierung von arbeits-, frauenrechtlichen oder anderen Aspekten spielten im Gegensatz zur Partnerschaft mit Ruanda keine Rolle. Dies ist auch der Grund, weshalb für die Landesebene die Fujian- und nicht die Ruandapartnerschaft in dieser Zeitung stärkere Beachtung findet.

Partnerschaften funktionieren in vielen Bereichen wie Bildung, Kultur und Sport sehr gut. Zahlreiche

Städtepartnerschaften, Freundchaftsvereine, Schul- und Hochschulpartnerschaften sowie Austauschprogramme verdeutlichen dies. Aber die Frage, wie soziale und ökologische Rechte von Menschen sowie zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit in diesen Belangen gestärkt werden können, ist gerade auf Landesebene weiterhin nur unzureichend beantwortet.

Diese Publikation möchte daher exemplarisch fünf Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen in Rheinland-Pfalz vorstellen, um zu sehen, ob und was sie voneinander lernen können. Es handelt sich dabei um folgende Partnerschaften:

- Bundesland Rheinland-Pfalz mit der chinesischen Provinz Fujian,
- Bistum Trier mit dem Bistum Sucre in Bolivien (Jugendpartnerschaft),
- Kirchenkreise Obere Nahe sowie Nahe und Glan mit der CADELU-Kirche am Lulonga-Fluss (Demokratische Republik Kongo) respektive der Presby-

terianischen Kirche in Ruanda, ■ Kirchenkreis Wied mit dem Kirchenkreis Maybrath in West-Papua (Indonesien), ■ ‚Kampagne Bergwerk Peru. Reichtum geht – Armut bleibt‘ mit Cajamarca im Norden Perus und der Nichtregierungsorganisation ‚Grufides‘.

Dabei werden als erstes die Auswirkungen der Globalisierung vor Ort, dann die Hintergründe der jeweiligen Partnerschaft und schließlich Perspektiven für die Partnerschaft vorgestellt, welche in die politische Diskussion in Rheinland-Pfalz einfließen sollen.

Partnerschaftlich aus der globalen Krise?

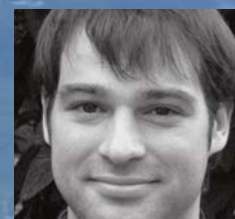
Internationale Gewerkschaftskontakte haben eine lange Historie und sind in Zeiten der Globalisierung immer stärker gefragt, auch von rheinland-pfälzischer Seite aus. Zudem sind in den letzten drei Jahrzehnten Dutzende von Partnerschaften durch Vereine, Weltläden und Kirchen sowie acht Partnerschaften des

Landes Rheinland-Pfalz entstanden. Die Entstehungen hatten historische, wirtschaftliche und auf zivilgesellschaftlicher Ebene vor allem solidarische Gründe.

Diese Solidarität ist mit der Hoffnung verbunden, dass Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen die negativen Auswirkungen des globalen Kapitalismus etwas abfedern und vor allem Bewusstsein zu schaffen für die Situation von Menschen in anderen Erdteilen; sie ist Grundlage der Aktivitäten des genannten Arbeitskreises und dieser Veröffentlichung.

Begegnungen auf verschiedenen, nicht-elitären Ebenen schaffen ein anderes Bewusstsein vom Gegenüber, dienen dem Abbau von Vorurteilen und können Gemeinsamkeiten entfalten. Durch Begegnungen, die nicht nur individuellen Zwecken wie einem Studienaufenthalt im Ausland dienen, sollen anti-paternalistische Lernräume entstehen wie es z.B. das Forum Arbeitswelten China-Deutschland vormacht.

Neben Lernräumen und politischen Forderungen bieten Partnerschaften vor allem die Möglichkeit außerhalb der politisch-ökonomischen Standortkonkurrenz über ebendiese und weitere globale Probleme gemeinsam zu reflektieren. Hierzu leistet diese Zeitung auf rheinland-pfälzischer Ebene ihren Beitrag.



Dominic Kloos

Sozialwissenschaftler, seit 2011 Geschäftsführer und Referent des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar, Koblenz.

„Die niedrigen Löhne erhöhen die Bereitschaft vieler Beschäftigten, zahlreiche Überstunden zu leisten.“

Beginnend mit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas vor ungefähr 30 Jahren begann der Zug von vielen Millionen Menschen aus Zentral- und Westchina in die boomenden Küstenregionen, zu denen auch die rheinland-pfälzische Partnerprovinz Fujian gehört. Mittlerweile leben in Fujian ungefähr acht Millionen ArbeitsmigrantInnen (bei einer Gesamtbevölkerung von über 36 Mio. Menschen), von denen über

die Hälfte aus anderen chinesischen Provinzen kommen.

Die ArbeitsmigrantInnen verließen ihre Heimat aufgrund fehlender Beschäftigungsmöglichkeit, wegen hoher Abgaben der ländlichen Bevölkerung, wegen niedriger Löhne in der Heimat und wegen besserer Arbeitsmöglichkeiten in Fujian. Ihr Durchschnittslohn in den Industriege-



Dr. Sabine Ferenschild

Geld verdienen in der Stadt –

Geld ausgeben auf dem Dorf

bieten Fujians lag im Jahr 2005 bei monatlich 600 Yuan (= 56,17 Euro). Seitdem sind die Löhne und auch die staatlichen Mindestlöhne zwar deutlich gestiegen, dennoch sind sie nach wie vor aufgrund steigender Lebenshaltungskosten nicht existenzsichernd. Dazu wäre nach Berechnungen der Asiatischen Kampagne für einen existenzsichernden Lohn ein Mindestlohn von 1842 Yuan (Stand: Mai 2011; Mindestlohn in Xiamen/Fujian: 1100 Yuan) nötig (www.asiafloor-wage.org).

Niedrige Löhne und die Notwendigkeit, die Familien in der Heimat finanziell zu unterstützen, führen zu einem extrem niedrigen Lebensstandard vieler ArbeitsmigrantInnen: Sie leben in Wohnheimen auf dem Fabrikgelände oder in kleinen Zimmern, die sie sich oft noch mit anderen teilen, um das in der Stadt verdiente Geld an die Familie nach Hause zu schicken. Die niedrigen Löhne erhöhen die Bereitschaft vieler Beschäftigten, zahlreiche Überstunden zu leisten. Wegen der großen Entfernungen fahren

viele MigrantInnen nur einmal im Jahr oder alle zwei Jahre nach Hause – eine Situation, unter der besonders die zurückgelassenen Kinder in der Heimat leiden. Ihre Zahl wird chinaweit auf 50 Millionen geschätzt.

Mit den Lohnerhöhungen der letzten Jahre stieg die Zahl derjenigen, die nicht mehr zurück an ihren Herkunftsort wollten, sondern gerne weiterhin in Fujian bleiben wollten, auf mehr als ein Drittel der Befragten. Diejenigen, die sich in der Stadt niederlassen wollten,



Arbeitsmigration in Fujian



Xiamen City



THE IMPLEMENTATION
OF LABOUR LAW
IN XIAMEN/FUJIAN

Fujian, Gespräche



Fujian, Landarbeit



Näherinnen-Wohnung



Bilder China:
Lina Gross, Fritz Hofmann

waren eher weiblich, jung, unverheiratet und besser gebildet als die, die zurückkehren wollten.

Eine Erhebung in fünf chinesischen Städten, zu denen Fuzhou (Fujian) gehört, zeigt, dass Frauen ohne lokales Aufenthaltsrecht (hukou) in der Stadt das geringste Einkommen haben und selbst Frauen mit lokalem hukou noch einen niedrigeren Durchschnittsverdienst ausweisen als männliche Migranten.

RLP – Fujian: „Türöffner für den Mittelstand“

Die Situation der ArbeitsmigrantInnen ist ein Beispiel aus einer Vielzahl von sozialen, politischen und ökonomischen Fragen, die in der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz (RLP) und Fujian bisher keine Rolle spielten. Diese Partnerschaft existiert bereits seit Mai 1989. RLP wählte die Provinz Fujian für eine Partnerschaft aus, weil sie zu den boomenden chinesischen Küstenprovinzen zählte, die als erste für ausländische Investitionen geöffnet wurden: Durch die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone in der Hafenstadt Xiamen zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich Xiamen zum wichtigsten Wirtschaftsstandort in Fujian. Die Partnerschaft liegt auf rheinland-pfälzischer Seite aktuell in der Zuständigkeit der Staatskanzlei in Mainz und wird dort vom Beauftragten für internationale Zusammenarbeit, Prof. Dr. Siegfried Englert, wahr-

genommen. Auf der Seite Fujians liegt die Zuständigkeit bei der Regierungsabteilung für Handels- und Wirtschaftskooperationen der Provinz Fujian. Im Jahr 2010 benannten RLP und Fujian in einer „Gemeinsamen Erklärung“ als Schwerpunktbereiche für die künftige Zusammenarbeit: 1. Wirtschaft; 2. Umwelt-, Energie- und Technologiekooperationen; 3. Bildung, Schule, Berufsschule und Hochschule; 4. Gesellschaftliche Kontakte (Kultur, Kunst, Tourismus, Sport). Die Erklärung wurde anlässlich einer Fujian-Reise von Ministerpräsident Kurt Beck unterzeichnet, bei der er sich als „Türöffner für den Mittelstand“ in Fujian präsentierte.

Neben der Provinz Fujian unterhält RLP nur noch zu South Carolina/USA, der Präfektur Iwate/Japan und zu Ruanda eine Partnerschaft außerhalb Europas. Die Partnerschaft zu Ruanda ist als Graswurzel-Partnerschaft, die dezentral, bürger- und grundbedürfnisorientiert zahlreiche Initiativen, Schulen und Gemeinden einbindet, in der rheinland-pfälzischen Öffentlichkeit breit verankert (www.rlp-ruanda.de). Auf den Unterschied zwischen der entwicklungsorientierten Partnerschaft zu Ruanda und der wirtschaftsorientierten Partnerschaft zu Fujian macht das Bündnis „Keine Partnerschaft ohne Sozialstandards“ (www.ak-rlp-fujian.de) aufmerksam – mit dem Ziel, einen Austausch über soziale Realitäten in China und Deutschland mit den PartnerInnen in Fujian aufzubauen.

Ob die seit dem Jahr 2011 im Amt befindliche rot-grüne Landesregierung die Partnerschaft mit Fujian für zivilgesellschaftliche Beteiligung stärker öffnen wird, ist derzeit noch offen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre die Schaffung einer Koordinationsstelle, die für zivilgesellschaftliche Kontakte nach Fujian zuständig wäre.

Literatur

Ferenschild, Sabine / Schäfer, Tobias (2012): China in Bewegung. Herausforderungen für deutsch-chinesische Partnerschaften, Siegburg.

Zhu, Yu (2003): The Floating Population's Household Strategies and the Role of Migration in China's Regional Development and Integration. In: International Journal of population geography, Band 9, S. 485-502 (http://pi.asdgserv.usp.ac.fj/apmrn1/fileadmin/files/docs/china/China_1.pdf; letzter Zugriff: 06.02.2012).

Zhu, Yu / Chen, Wenzhe (2009): The Settlement Intention of China's Floating Population in the Cities: Recent Changes and Multifaceted Individual-Level Determinants. In: Population, Space and Place 16 (4): 253-267.

Zenglein, Max J. (2011): Fragmented Minimum Wage System. In: Christoph Scherrer (Hg.), China's Labor Question, S. 70-96, München.

Zahlen zu China/Fujian: www.stats.gov.cn.

Medien

Bewegung in China. Das Problem der Arbeitsmigration in Fujian – Dokumentarfilm des AK Fujian

China in Bewegung. Herausforderungen für deutsch-chinesische Partnerschaften. Eine Ausstellung des SÜDWIND-Instituts (www.suedwind-institut.de)

Der nationale Handel und Export spielt seit Einrichtung der Sonderwirtschaftszone in Xiamen zu Beginn der 1980er Jahre eine große Rolle. Der Schwerpunkt liegt dabei auf arbeitsintensiven Gütern der Bekleidungs-, Spielzeug- und Elektroindustrie. Um in den Fabriken Arbeit zu finden, migrieren viele WanderarbeiterInnen aus den westlichen Provinzen nach Fujian. Gleichzeitig ziehen viele Einwoh-

nerInnen Fujians in die wirtschaftsstarken Nachbarprovinzen Guangdong, Zhejiang oder Jiangsu, um dort attraktiveren Arbeitsangeboten nachzugehen.

Sabine Ferenschild ist Sozialwissenschaftlerin und Theologin, seit 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin des SÜDWIND Instituts für Ökonomie und Ökumene.

„Mag sein, dass viele Gold als scheinbar „ideale Alternative zum bedruckten Papier“ ansehen. Aber darüber kann man nicht „wertneutral“ diskutieren oder schreiben, ohne anderer Menschen Rechte und Gesundheit zu missachten, in diesem Fall von Menschen in einem anderen Erdteil! In Zeiten der Globalisierung ist Nächstenliebe wegen der globalen Verflechtungen immer als „Übernächstenliebe“ zu denken.“



Gold, Gift und Globalisierung –

was wir mit dem Goldraubbau zu tun haben

1. Der Gold-Boom

Asterix würde sagen: die spin-
nen, die Deutschen. Da klettert
der Goldpreis binnen eines Jah-
res über 20 % in die Höhe und
dennoch „bunkerten“ Bundes-
bürger (jedenfalls solche mit ent-
sprechendem „Kleingeld“) allein
im Jahr 2010 physisches Gold
im Umfang von 127 t (Wert:
mehr als 5 Mrd. €.) – die einen
in spekulativer Absicht, die an-
deren aus Währungsangst. Das
waren immerhin 15% der Welt-
produktion. 2011 erreichte der
Goldpreis sein bisheriges Allzeit-
hoch von 1900 Dollar pro Fein-
unze (31,1 g). Selbst die Stiftung
Warentest betitelt einen Text
über „Gold, Rohstoffe und mehr“
(Finanztest 2/2012, 40) mit: „Al-
les, was der Spekulant begehrt“.

Leider findet sich nirgendwo eine
Andeutung von ethisch-ökologi-
schen Bedenken im Bezug auf
Gold. Das wird nämlich unter
Einsatz von hochgiftigem Zyanid
und Quecksilber sowie riesiger
Mengen kostbaren Trinkwassers
abgebaut. Es entstehen Giftmüll-
halden und Giftseen, Giftabwäs-
ser werden einfach in Flüsse
geleitet und kontaminieren
Mensch und Tier. So werden in
Peru und anderswo ganze Berge
abgetragen und kilometerlange
sowie hunderte Meter tiefe Kra-
ter ausgebaggert. 99,999% bei
der Goldförderung sind Abfall. In
Peru gibt es Regionen, in denen
über 90% der Fläche vom Staat
für den Bergbau konzessioniert
sind, d.h. bereitgestellt werden.
Durch den Tagebau wird Land-
schaft „verbraucht“, unwieder-
bringlich zerstört, Landwirtschaft
unmöglich gemacht; die Bewoh-
nerInnen müssen für lächerliche
Summen ihr Land verkaufen,

ihre Lebensgrundlage seit Ge-
nerationen, sie verelenden oder
werden gar vertrieben. Selbst
wenn Umwelt- und Mitbestim-
mungsgesetze existieren, wer-
den sie missachtet oder umgan-
gen.

Durch den Gold-Hype „lohnt“ der
Abbau bereits für weniger als 3
Gramm Gold pro Tonne Gestein
– unter Einsatz von 3 t Wasser
und mehr als 2 t Giftabfall so-
wie unter „Vernachlässigung“
von Recht, Gerechtigkeit und
Umwelt. Ein solcher Goldge-
halt findet sich auch in den
Alpen (warum wohl wird
das hier nicht abgebaut?).
Lebensnotwendig ist Gold-
abbau ohnehin nicht: Mehr
als drei Viertel der Weltgoldför-
derung geht in Schmuck und pri-
vate Barren. Industriell nötig sind
gerade mal zehn Prozent und die
könnte man durch Recycling von
Altgold gewinnen. Selbst in
Handys steckt Gold: 0,034 g. Al-
lein für diese winzige Menge ent-
stehen 100 kg giftiger Abfall.
Auch deswegen ist Handy-Re-
cycling nötig (ca. 70 Mio. Handys
liegen in deutschen Schubladen
unbenutzt!).

Gold hat einen großen Vorteil: Es
kann beliebig wiederverwendet
werden, ohne an Qualität zu ver-
lieren (es erfolgt kein „Downcy-
cling“ wie bei Papier). Einige Gold-
schmiede sind bereits sensibili-
siert und verwenden vor allem
Altgold.

Mag sein, dass viele Gold als
scheinbar „ideale Alternative
zum bedruckten Papier“ (so der
Artikelanfang im o.g. „Finanz-
test“) ansehen. Aber darüber
kann man nicht „wertneutral“
diskutieren oder schreiben, ohne

anderer Menschen Rechte und
Gesundheit zu missachten, in
diesem Fall von Menschen in ei-
nem anderen Erdteil! In Zeiten
der Globalisierung ist Nächsten-



Goldabbau in Yanacocha, Peru

Bilder Peru:
oben: Sjoerd Panhuysen (Archiv Informations-
stelle Peru/Yanacocha)
Mitte: Wikimedia Commons (PD)
unten: Elbuenminero (Wikimedia Commons, CC-
BY-SA 3.0)
Hintergrund/S. 4 unten: Euyasik (Wikimedia Com-
mons, CC-BY-SA 3.0)



Dr. Hartmut Heidenreich, Mainz

Hartmut Heidenreich, Dr. phil.,
Lic. theol., Direktor des Bil-
dungswerks der Diözese
Mainz, Mitglied des Koordina-
tionsteams und bei ihren Sit-
zungen Gastgeber der Kam-
pagne Bergwerk Peru, Mit-
glied der Informationsstelle
Peru e.V. (Freiburg), Vorsitzen-
der von PANAL e.V. (Puente
Andino Alemán, Mainz).

Literatur:
Kampagne Bergwerk Peru
(Hg.): 'Bergwerk Peru. Reich-
tum geht – Armut bleibt.' Un-
sere Verantwortung für Men-
schen und Natur im globalen
Kontext“, Freiburg 2009.

Website
www.kampagne-bergwerk-
peru.de

liebe wegen der globalen Ver-
flechtungen immer als „Über-
nächstenliebe“ zu denken.

2. Die Bergwerkskampagne:
Etwa vier Mal im Jahr trifft sich
in Mainz die nationale „Kampa-
gne Bergwerk Peru. 'Reichtum
geht – Armut bleibt'“. An ihr sind
kirchliche und nichtkirchliche Or-
ganisationen und Initiativen be-

teilt (u.a. Misereor, Gemeindeparterschaften, die Bistümer Mainz und Bamberg, Caritas International, terre des hommes, Kindernothilfe, FIAN, Städtepartnerschaft Berlin-Treptow-Köpenick/Cajamarca, Kolping International, Brot für die Welt). Besondere Kontakte hat sie nach Cajamarca in den peruanischen Nordanden, wo übrigens auch Mainzer und Speyerer tätig waren, sei es als Priester, sei es als Freiwillige für ein Jahr. Dort hat der spanische Konquistador Pizarro 1532 den Inka Atahualpa umbringen lassen – aus Goldgier. Heute befindet sich dort das zweitprofitabelste Goldbergwerk der Welt: „Yanacocha“. Und es soll weiter gehen mit einem gigantischen Gold- und Kupferbergwerk „Conga“. Kürzlich haben Proteste der Bevölkerung gegen diese Ausweitung der größten Goldmine Amerikas - trotz des Versuchs, sie mit Militär- und Polizeieinsatz niederzuschlagen - zum Rücktritt von zwölf Regierungsmitgliedern geführt (und zu mehreren Schwerverletzten unter den Demonstranten durch Schüsse der „Ordnungskräfte“). Zu befürchten ist, dass die Conga-Pläne dennoch umgesetzt werden.

Die Bergwerkskampagne

- hat Informations-Broschüren, eine Homepage und (ausleihbare) Ausstellungen erstellt,
- informiert hier auf verschiedenen Ebenen über die Situation dort,

- organisiert hier Veranstaltungen mit VertreterInnen von dort,
- unterstützt die betroffenen Gemeinden und die Bevölkerung dort
 - bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, etwa auf vorheriges Gehör (consulta previa),
 - durch Spenden, z.B. für die medizinische Behandlung der (Schuss-)Verletzten der Demonstrationen,
- ist Ansprechpartner für die NGO „Grufides“, ein Netzwerk für nachhaltige Entwicklung.

Ein Kontaktpartner, der Grufides-Gründer Padre Marco Arana, war von der TIME 2009 unter den „heroes of the environment“ geführt, hat 2010 den Internationalen Aachener Friedenspreis erhalten und 2011 während der Berlinale den „Cinema for Peace Award“ für den Film „The Devil Operation/Operación Diablo“ (von Stephanie Boyd) über seine Bespitzelung und Bedrohung durch die Bergwerksfirma. Die Hoffnung war, dass durch diese Preise sein Einsatz respektiert wird und seine persönliche Sicherheit steigt; neulich wurde aber beim Versuch, eine Mine zu besuchen, wieder auf ihn geschossen, von Bergwerksmitarbeitern.

Und schon zeigen sich am Horizont neue Problemfelder: Kleinschürfer mit Quecksilber in den Flüssen sowie der Abbau von Seltenen Erden und Uran ...



Goldabbau in Yanacocha, Peru

Landraub und seine Folgen für indigene

„Das Land ist unsere Mutter – wir müssen sie wohl behüten“

Indigene Gesellschaften werden in West Papua auf dem Land ihrer Ahnen zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Neben Vertreibung durch Militäroperationen und ungebremster Zuwanderung führt Landraub verstärkt zur Marginalisierung indigener Gesellschaften. Viele indigene Gemeinschaften in West Papua stehen den Interessen von nationalen sowie internationalen Konzernen und Regierung ohnmächtig gegenüber und blicken in eine mehr als ungewisse Zukunft: Sie fürchten um ihr Land, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und kulturelle Identität.

Nahezu alle Stammesgemeinschaften in West Papua sind durch ihre Lebensweise und Mythen eng mit ihrer Umwelt verbunden. Wälder, Flüsse, der Boden und das Meer bieten der indigenen Bevölkerung Papuas nicht nur Nahrung, Materialien für Hausbau, traditionelle Kleidung oder tägliche Gebrauchsgüter, sondern beherbergen auch sakrale Stätten, wo die reale und mythische Welt der Ahnen und Geister aufeinander treffen. So ist die Umwelt fester Bestandteil des Weltbildes aller indigenen Papuas und unteilbar mit deren Schicksal verbunden. Das Land ist für die meisten der ca. 250 ansässigen Ethnien daher von herausragender Bedeutung – es ist zugleich Ursprung, Beschützer und Versorger. “Maki kouko akoukai”: das Land ist unsere Mutter – wir müssen sie wohl behüten”, sagen die Mee-Leute wenn sie von ihrem Land sprechen.

Der Landverlust durch Landgrabbing bedeutet für indigene Gesellschaften mehr, als nur den Wohnort zu verlieren. Er ist eine Vorstufe des Genozids und führt langfristig zwangsläufig zum Verlust ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und kulturellen Identität. Ohne ihr Land droht die indigene Bevölkerung und mit ihr die kulturelle Vielfalt West Papuas unwiederbringlich zu verschwinden.

Landraub als Folge nationaler Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik

Auch wenn der Sonderautonomiestatus der Provinz- und Regionalregierung Papuas und Papua Barats die Gestaltung von regionalspezifischen Gesetzen

zum Schutz der indigenen Bevölkerung gestattet und einige dieser Gesetze auch verabschiedet wurden, sind Landgrabbing und seine Folgen ein omnipräsentes Problem in ganz West Papua.

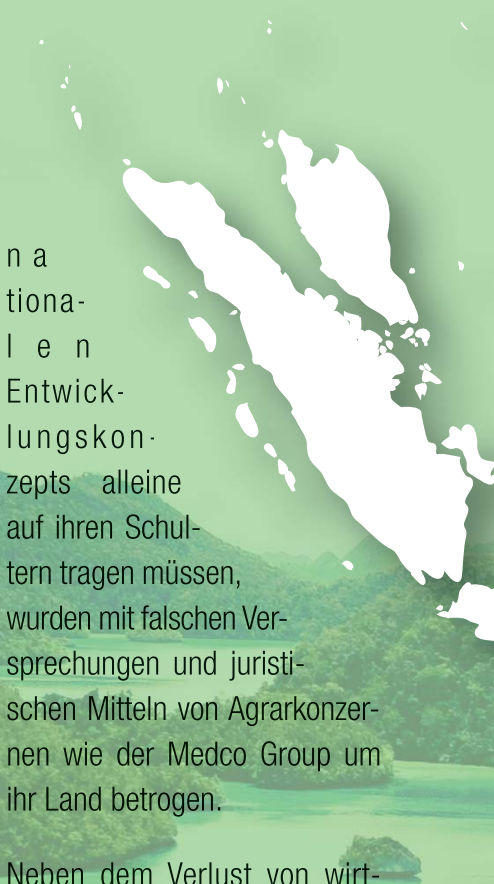
In erster Linie steht Landraub in engem Zusammenhang mit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen wie Holz, Mineralien (hptl. Gold, Kupfer, Nickel), Öl und Gas. Eines der bekanntesten Beispiele von Landgrabbing findet im Süden Papuas, im Landkreis Mimika statt. Dort betreibt der amerikanische Minengigant Freeport McMoRan bereits seit 1967 die größte Gold- und Kupfermine der Welt. Indonesiens Diktator Suharto hatte die Tore nach West Papua für Freeport geöffnet. Die betroffenen Amungme und Kamoro wurden bei der Vergabe der Konzessionen nie berücksichtigt. Sie warten bis heute auf Kompensationszahlungen und müssen mit den katastrophalen Umweltschäden durch den Mineralabbau leben.

Neben dem Abbau natürlicher Ressourcen führt die agrarische Landnutzung großflächiger Gebiete für den Anbau von Ölpalmen, Reis und anderen Cashcrops verstärk zu Landgrabbing. Derartige Projekte sind Teil einer nationalen Entwicklungsstrategie, mit der Privatinvestoren finanziell beim Ausbau der lokalen Infrastruktur in entlegenen Gegenden West Papuas beteiligt, und die nationale Wirtschaft gefördert werden soll. Aus diesem Grund erteilen Zentral- und Regionalregierung freizügig Konzessionen an Konzerne, jedoch ohne die indigene Bevölkerung und deren Rechte bei der Lizenzvergabe zu berücksichti-

gen, wie es beispielsweise in Merauke der Fall ist. Das dortige MIFEE Projekt (Merauke Integrated Food and Energy Estate) genießt die Rückendeckung der Zentralregierung und soll nach offiziellen Angaben der nationalen Nahrungssicherung dienen. Viele Marind Arnim, welche die Last des

nationalen Entwicklungskonzepts alleine auf ihren Schultern tragen müssen, wurden mit falschen Versprechungen und juristischen Mitteln von Agrarkonzernen wie der Medco Group um ihr Land betrogen.

Neben dem Verlust von wirtschaftlicher Unabhängigkeit und kultureller Identität führt Landraub in West Papua fast ausnahmslos zu schweren Menschenrechtsverletzungen, da Militär und Polizei zum Schutz operierender Konzerne angeheuert werden. Neben lukrativen Sicherheitsdienstleistungsverträgen mit Konzernen, die staatliche Genehmigungen besitzen (z.B PT. Freeport Indonesia), schützen indonesische Sicherheitskräfte auch illegal operierende Unternehmen. Am Fluss Degeuwo, im Landkreis Paniai, haben sich eine Reihe von illegalen Goldminen niedergelassen. Die Betreiber nützen die Unwissenheit der lokal ansässigen Mee und Wolani aus und leisteten einmalige, unverhältnismäßig niedrige Kompen-



Gesellschaften in West Papua

sationszahlungen. Die illegalen Minen werden von Polizei und Militär geschützt, was in den umliegenden Dörfern ein Klima der Angst geschaffen und zu schweren Menschenrechtsverletzungen an der Lokalbevölkerung geführt hat. Darüber hinaus sollen die Sicherheitskräfte an Prostitution und Alkoholverkauf vor Ort beteiligt sein.

Partnerschaft des Kirchenkreises Wied mit dem Kirchenkreis Maybrath (West Papua)

Seit ca. 30 Jahren hat der Ev. Kirchenkreis Wied eine Partnerschaft mit dem Kirchenkreis Maybrath der GKI/Protestantische Kirche in West Papua. Die Partnerschaft ist eingebunden in das West-Papua Netzwerk und in die Partnerschaftsarbeit der

Vereinten Evangelischen Mission.

In all den Jahren gab es regelmäßige Besuche und jährliche Partnerschaftsgottesdienste. Seit einigen Jahren gibt es zudem Jugendbegegnungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten.

Dieses Jahr werden z.B. gemeinsam Wasserleitungen in einem Dorf verlegt

Aufgrund der oben dargestellten gravierenden Probleme geht es in dieser Partnerschaft aber insbesondere auch um politische Zusammenarbeit, um gemeinsam gestaltete Advocacy- bzw. Lobby-Arbeit zu Menschenrechtsverletzungen, Landraub oder Raubbau an der Natur.



Bilder West Papua: Lars Schütt,
Portrait Florian Bartosch:
Dietrich Weinbrenner

Pfarrer Achim Dührkoop

Seit 11 Jahren Pfarrer im Gemeindedienst für Mission und Ökumene der Ev. Kirche im Rheinland, Schatzmeister des Entwicklungspolitischen Landesnetzwerkes in Rheinland-Pfalz (ELAN e.V.) und Mitglied im erweiterten Vorstand des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar.



Florian Bartosch

Ethnologe, seit 2010 Fachkraft des Ev. Entwicklungsdienstes (EED) im Büro Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in West Papua.





„Es ist ein Fluch: Armut blieb dort am größten, wo Bergbau allein Wohlstand für Übersee generiert. Heute ist es Lithium, das im Norden für die Produktion von Akkumulatoren für Mobiltelefone, Laptops und Elektro-Fahrzeuge gebraucht wird.“

Über 50 Jahre Bolivien-Partnerschaft



mit dem Bistum Trier

Wie sehen Sie die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf Bolivien? Können Sie konkrete Beispiele erläutern?

Benjamin Beutler:
Neoliberale Globalisierung ist Freihandel unter Ungleichen. Um an billige Rohstoffe zu kommen braucht der ‚Westen‘ willige Geschäftspartner. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fand er diese in Simón Patiño und Mauricio Hochschild, die „Zinnbarone“ wurden zu den reichsten Privatisiers der Welt. Die Mehrheit der Bolivianer aber blieb außen vor. Ohne Land für Ackerbau und mit einem darbenenden Binnenmarkt grassierte Armut und Hunger. Am Export-Wahn der europäischstämmigen Eliten, ausgebildet an Universitäten des Nordens, hat sich seit Spaniens Kolonialisierung wenig geändert. Ab Ende der 1980er haben neoliberale Weltmarktöffnung, weniger Staat und Privatisierung nur neue Millionäre und mehr Armenviertel gebracht.

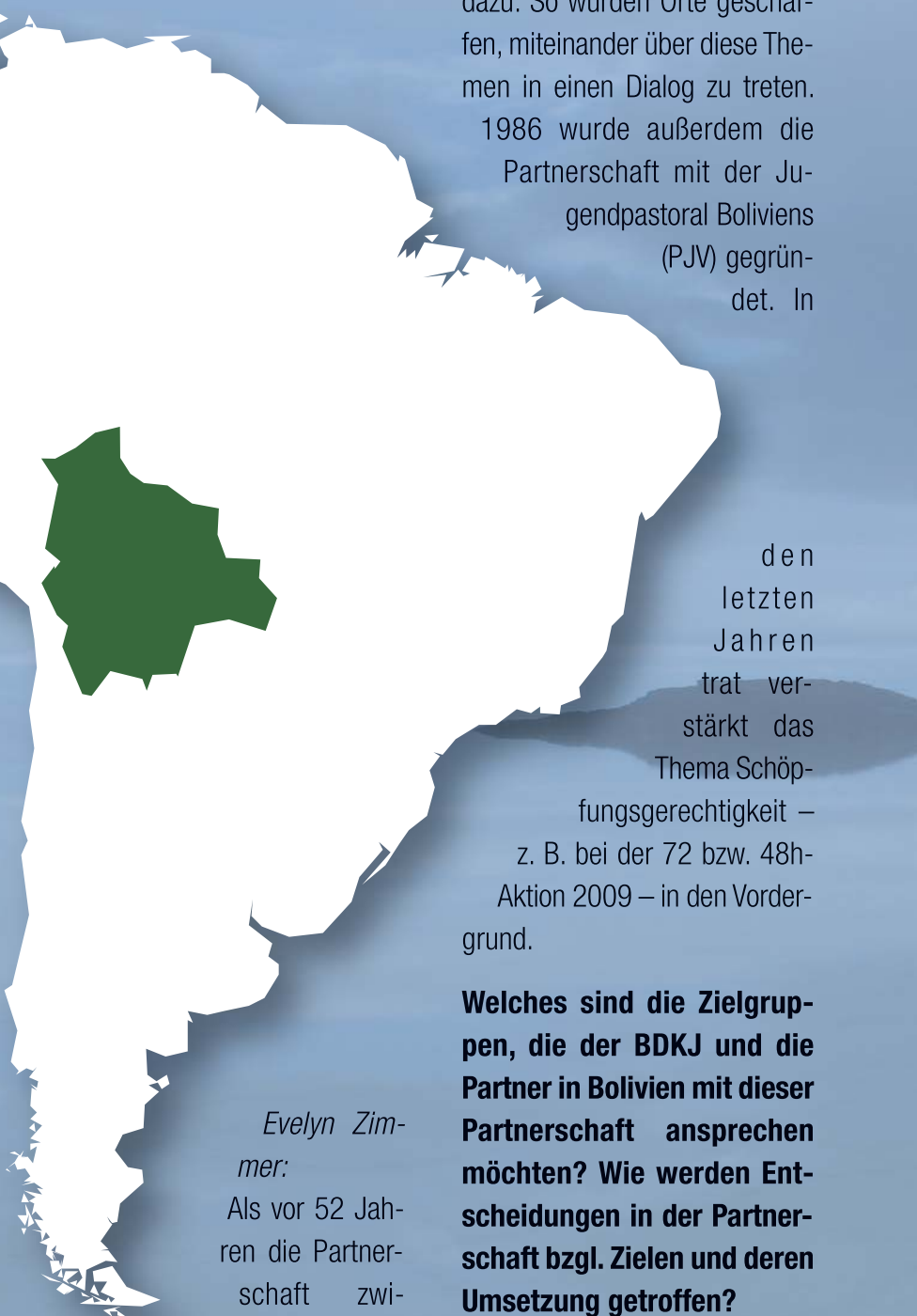
Es ist ein Fluch: Armut blieb dort am größten, wo Bergbau allein Wohlstand für Übersee generiert. Heute ist es Lithium, das im Norden für die Produktion von Akkumulatoren für Mobiltelefone, Laptops und Elektro-Fahrzeuge gebraucht wird. Die Geschichte der Ausbeutung von Mensch und Umwelt darf sich nicht wiederholen. Über Jahrhunderte wurden ganze Landstriche zum Minen-Frondienst gezwungen, in Anden-Departamentos wie Potosí und Oruro konnte nachhaltige Landwirt-

schaft wie zu Inka-Zeiten nie wieder Fuß fassen, Hunderttausende sind in Bergwerken zugrunde gegangen, Staub im Schacht lässt viele Männer mit Anfang Vierzig sterben, Quecksilber und andere Gifte verseuchen Trinkwasser und Flüsse.

Seit wann gibt es die Partnerschaft des Bistums Trier mit Bolivien, seit wann die Jugendpartnerschaft und was haben diese bisher beinhaltet?

bauen. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Trier übernahm die Koordination und Verantwortung der Jugendpartnerschaft. Die Stiftung „Solidarität und Freundschaft Chuquisaca Trier“ ist seither unser direkter Partner.

Einige Jahre später kam die Auseinandersetzung mit den strukturellen Problemen hinzu, die zur Armut führen. Fairer Handel und Entschuldung waren Themen, die die Katholische Jugend umtrieben. Der BDKJ führte Begegnungsreisen durch und später kamen die Freiwilligendienste dazu. So wurden Orte geschaffen, miteinander über diese Themen in einen Dialog zu treten. 1986 wurde außerdem die Partnerschaft mit der Jugendpastoral Boliviens (PJV) gegründet. In



den letzten Jahren trat verstärkt das Thema Schöpfungsgerechtigkeit – z. B. bei der 72 bzw. 48h-Aktion 2009 – in den Vordergrund.

Welches sind die Zielgruppen, die der BDKJ und die Partner in Bolivien mit dieser Partnerschaft ansprechen möchten? Wie werden Entscheidungen in der Partnerschaft bzgl. Zielen und deren Umsetzung getroffen?

Evelyn Zimmer:

Als vor 52 Jahren die Partnerschaft zwischen den Bistümern Sucre und Trier entstand, war die Katholische Jugend mit spontanen Hilfsaktionen dabei. Ab 1966 etablierte sich die Kleidersammlung zur Erwirtschaftung von Spendengeldern. Ziel war es, in einer der ärmsten Regionen Boliviens eine Grundversorgung in Medizin und Bildung mitaufzu-

E.Z.:

Zielgruppe unserer Partnerschaft sind in Deutschland wie in Bolivien Jugendliche und junge Erwachsene. Die Entscheidungen über die Ziele der Partnerschaft werden in den Dienstgesprächen auf Leitungsebene in Deutschland und Bolivien verabschiedet und in Partnerschaftsverträgen



bzw. Rahmenvereinbarungen festgehalten. Im Vorfeld zu den Dienstgesprächen finden inhaltliche Beratungen statt: durch Versammlungen der Stiftung in Chuquisaca und das ehrenamtliche Team der Nationalversammlung (PJV) bzw. beim BDKJ Trier durch den Entwicklungspolitischen Ausschuss sowie die Diözesanversammlung, so etwas wie die Mitgliederversammlung des BDKJ.

Welche Wirkungen hatte die Partnerschaft Ihres Erachtens bisher?

E.Z.:
Die Stiftung „Solidarität und Freundschaft Chuquisaca-Trier“ stellt als eine überregional anerkannte Bildungseinrichtung dem Land wichtige Kompetenzen zur Verfügung. Die Stiftung als innerbolivianische Institution tut das ihre, um soziale und ökologische Belange durchzusetzen, durch gezielte Projekte und durch ihre Qualifizierungen, wie z.B. momentan in der Behindertenarbeit, die in Bolivien in den Kinderschuhen steckt. Zum Themenbereich Ökologie leistet die Jugendpastoral wertvolle Bildungsarbeit.

Außerdem konnte 1999 nach dem G8-Gipfel in Köln durch Lobbyarbeit und eine breit angelegte Unterschriftenaktion zusammen mit den BolivianerInnen und anderen ein teilweiser Schuldenerlass Boliviens erwirkt werden.

Wo sehen Sie die Grenzen der Partnerschaft und wie könnte sie stärker Einfluss

auf soziale und ökologische Belange nehmen?

E.Z.:
Ziel der Partnerschaft der Katholischen Jugend ist interkultureller Austausch von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um Berührungsgängste zu nehmen und Vorurteile abzubauen. Wir haben in unseren Partnerschaftsverträgen festgehalten, wofür wir einstehen, nämlich die Option für die Armen und Ausgegrenzten, für die Gleichbehandlung der Geschlechter, für die Jugend, für die Vielfalt der Kulturen, für die Bewahrung der Schöpfung, für Frieden. Diese Optionen teilen wir gemeinsam – jede Organisation hat in ihrem Land Gremien und Wege, dieser Meinung eine Öffentlichkeit zu verschaffen und damit die öffentliche Meinung mitzuprägen. Eine Jugendpartnerschaft leistet also in erster Linie Aufklärungsarbeit. Auf politische Entscheidungen kann aber die bolivianische Bischofskonferenz Einfluss üben, was sie zur Zeit im Bereich Klimagerechtigkeit verstärkt versucht.

Welche politischen Maßnahmen könnten das Leid der Betroffenen lindern oder gar beheben?

B.B.:
Reichtum muss in Bolivien bleiben, umverteilt werden, es gilt Produktion und Arbeit vor Ort zu schaffen. Das Andenland ist eines der rohstoffreichsten Länder der Welt: Die zweitgrößten Gasvorkommen des Kontinents, die größten Lithiumvorräte der Welt, die größte Eisenerzmine der Erde finden sich hier. Renten aus Gas,

Öl, Erzen, Gold und Lithium müssen dem Wohl der Allgemeinheit dienen, Stichwort Lebensmittelsicherheit und Abkehr vom Rohstoff-Exportmodell. Nur ein starker Staat mit Rückhalt der Bevölkerung kann diesen Wandel stemmen, auch was Umweltschutz angeht. Durch Nationalisierung der Bodenschätze wurden viele Sozialprogramme neu aufgelegt. Die Zahl von in extremer Armut lebenden Menschen ist von 38,2 Prozent (3,6 Millionen) der 10-Millionen-Gesamtbevölkerung auf 26,1 Prozent (2,7 Millionen) gesenkt worden. Die Zahl moderater Armut ging von 5,7 Millionen auf 5,2 Millionen zurück. Damit haben seit der Wahl der Linksregierung „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) insgesamt 1,4 Millionen Menschen die Armuts-grenze hinter sich gelassen. Vor allem will die MAS-Regierung alte Abhängigkeiten brechen, dafür wurde sie 2005 gewählt. „Partner, keine Chefs“ ist das Verhandlungsmotto mit Weltmarkt-Multis, mit dem Lithium-Schatz will man Batterie-Fabriken im Land aufbauen. Dass sich Boliviens erster indigener Präsident Evo Morales damit viele Feinde macht, ist klar.

Bilder Bolivien: BDKJ Trier, linke Seite, zweites von oben: Eugen Reiter/Paulinus Rechte Seite oben und Mitte: Frank Gaudlitz



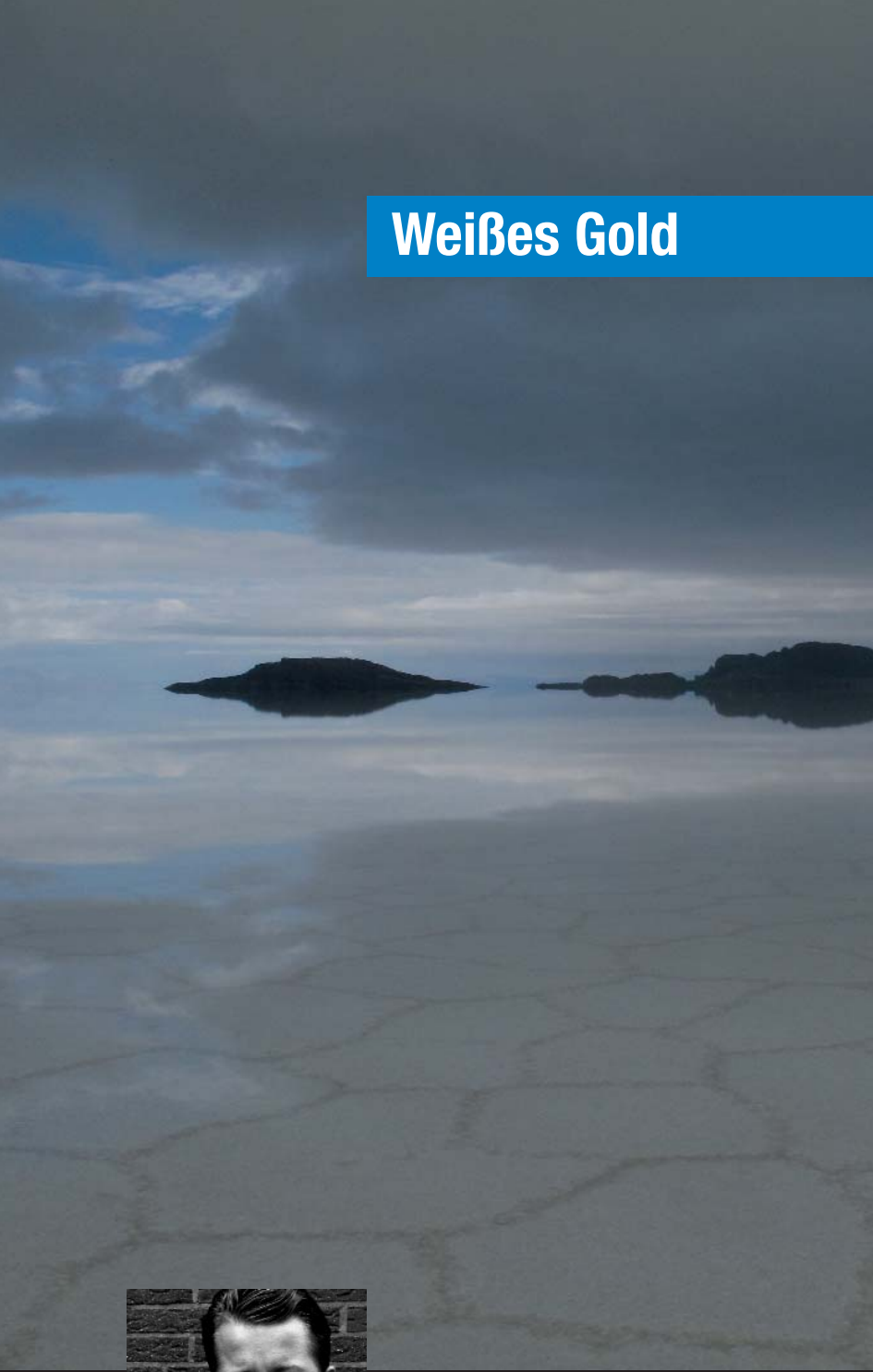
Literatur:
Benjamin Beutler: „Das weiße Gold der Zukunft: Bolivien und das Lithium“ (Rotbuch Verlag, 2011).

Das Buch gibt einen Überblick über die Geschichte und Poli-

tik des Andenlandes und analysiert, wie Präsident Evo Morales nach Jahrhunderten der Ausbeutung das »weiße Gold« für eine selbstbestimmte Zukunft nutzen will.

Evelyn Zimmer: „Amistad heißt Freundschaft“ – die Bolivienpartnerschaft der Katholischen Jugend im Bistum Trier, in: Wege der Hoffnung. Entwicklungen und Herausforderungen in der Bolivienpartnerschaft, herausgegeben von der Diözesanstelle Weltkirche des Bistums Trier 2010, S. 19-24

Weißes Gold



Benjamin Beutler

Freier Journalist für Tages- und Wochenzeitungen (*Neues Deutschland, Der Freitag*) und Lateinamerika-Onlineportale (Amerika21.de, Blickpunkt-Lateinamerika.de). Der studierte Regionalwissenschaftler lebt in Berlin und seit seinem 16. Lebensjahr regelmäßig in Bolivien.



Evelyn Zimmer

Bildungsreferentin für Bolivienpartnerschaft und Entwicklungspolitik beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Diözesanverband Trier.

„Zeit, gemeinsam nach Alternativen zu fragen und zu suchen, statt sich zu belehren! Partnerschaften können ein exzellenter Ort dafür sein.“

Hans Jürgen Gärtner



Kongo und Ruanda: Partnerschaften

Die Demokratische Republik Kongo ist ein riesiges Land mit einer Fläche ungefähr so groß wie Westeuropa. Der evangelische Kirchenkreis Obere Nahe (früher: Birkenfeld) ist ein kleiner Kirchenkreis in der Evangelischen Kirche im Rheinland. Und doch unterhält dieser Kirchenkreis seit 1997 eine Partnerschaft mit einer Kirche im Innern des Kongo: Die CADELU-Kirche liegt am Lulonga-Fluss, einem Nebenfluss des mächtigen Kongo-Stromes, in der Äquator-Provinz.

Eine ungleiche Partnerschaft

Von Anfang an haben mehrere Faktoren eine Partnerschaft zwischen den ungleichen Akteuren in Europa und Afrika erschwert: Viele Jahre war die Kommunikation gänzlich abgebrochen wegen des Bürgerkrieges und auch Jahre nach dem Krieg sind die Partner im Kongo oft nur über Sprechfunk, nicht aber über Handy, Email oder Internet erreichbar. Reisen arten zu Großprojekten aus, da es im Regenwald (fast) keine Straßen gibt und man so hauptsächlich Flugzeug und Boot nutzt – zeitaufwändig und teuer! Ein regelmäßiger und partnerschaftlicher Austausch etwa über die kleinen Projekte im Rahmen der Part-

nerschaft ist daher mühselig und strapaziert regelmäßig die Geduld aller Beteiligten. Und noch immer ist das Land schlecht organisiert, Bürokratie und Verwaltung sind wieder so korrupt wie unter dem Diktator Mobutu und für alles und jeden muss eine „Motivation“, zynische Bezeichnung für Bestechungsgelder, gezahlt werden. Unter solchen Bedingungen ist Partnerschaft ‚Hardcore‘!

Eine intensive, langjährige Partnerschaft

Ruanda ist ein kleiner Staat im Herzen Afrikas, kaum größer als das Bundesland Hessen. Der rheinland-pfälzische Kirchenkreis An Nahe und Glan hat es mit seiner langjährigen Partnerschaft leichter als die Nachbarn aus der Region um Birkenfeld. Die Presbyterianische Kirche in Ruanda ist gut organisiert und leicht erreichbar. Vom Flughafen in der Hauptstadt Kigali erreicht man in kurzer Zeit mit dem Auto über gut ausgebaute Straßen die Synodalregion Rubengera am Kivu-See. In Ruanda ist schon längst

als Lernräume

Bilder Kongo:
Hans Jürgen Gärtner



fast jeder per Handy mit der Welt verbunden. Auch Ruanda hatte seinen Krieg, aber die Ereignisse um den Genozid und die Machtübernahme durch die heutige Elite liegen nun bald zwanzig Jahre zurück. Bürokratie und Verwaltung, Kommunikation und Reisen – all das ist gut organisiert im früheren ‚Musterlände‘ Afrikas. Partnerschaft kann hier gleich zur Sache kom-

men, ohne sich mit solchen ‚Nebensächlichkeiten‘ aufzuhalten.

Lernräume für deutsche Partner

Beide Partnerschaften haben kleine Entwicklungsprojekte zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Beide Partnerschaften sind aber vor allem auch als Lernräume gedacht – wohlgemerkt Lernräume für die deutschen Partner!

Dazu ein Beispiel: Holzeinschlag und Klimawandel. Die Engagierten an der Oberen Nahe erfahren von ihren Partnern, das eine deutsch-schweizerische Firma den kongolesischen Regenwald großflächig abholzt – für den europäischen und internationalen Markt natürlich. Die KongolesInnen profitieren nicht davon, der Urwald ist unwiederbringlich verloren, das Klima wird nachhaltig

verändert. Soziale und Umweltauswirkungen, die vermeidbar wären, wenn u. a. wir in Europa einen anderen Lebensstil mit weniger Ressourcenverbrauch pflegten. Im Kirchenkreis An Nahe und Glan erfahren die Menschen, dass man in Ruanda, einem Land mit überdurchschnittlich hoher Bevölkerungsdichte, jetzt schon mit den Folgen früheren Raubbaus am Wald zurechtkommen muss: Die Regierung hat das Brennen von Tonziegeln für den Hausbau eingeschränkt, weil dazu das ohnehin knappe Holz noch weiter reduziert würde.

So banal es klingt: Wir sitzen wirklich alle in einem Boot, jedenfalls auf einem schon ziemlich vollen Planeten. Unser westliches Entwicklungsmodell kann definitiv nicht als Vorbild für alle dienen – dann wären die Ressourcen der Erde in kürzester Zeit verbraucht und der Planet zerstört. Zeit, gemeinsam nach Alternativen zu fragen und zu suchen, statt sich zu belehren! Partnerschaften können ein exzellenter Ort dafür sein.

Hans Jürgen Gärtner ist Pfarrer im Gemeindedienst für Mission und Ökumene der Evangelischen Kirche im Rheinland

Impressum

Herausgeber:

Arbeitskreis Fujian-Rheinland-Pfalz „Keine Wirtschaftspartnerschaft ohne Sozialstandards“
c/o Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V.
Löhstr. 51, 56068 Koblenz
Tel.: 0261 – 29681691
E-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

www.ak-rlp-fujian.de
www.oekumenisches-netz.de

Für den Inhalt sind ausschließlich die AutorInnen und der Redakteur verantwortlich. Gefördert vom Entwicklungs-politischen Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN) und dem Katholischen Fonds.



Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dominic Kloos

Gestaltung und Satz:

Elke Wetzig, Köln

Druck und Verarbeitung:

E & B engelhardt und bauer Druck und Verlag GmbH, Karlsruhe



Juni 2012
Auflage: 10.000